Anlage zum Schreiben vom 14.9.2006 an die SPD-Kreistagsfraktion Warendorf

## Antrag

"Verabschiedung einer Resolution zum Bleiberecht für langjährig in Deutschland geduldete Ausländer"

## Beschlussvorschlag:

"Der Kreistag Warendorf bittet den Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, sich bei der Innenministerkonferenz dafür einzusetzen, dass für langjährig in Deutschland geduldete Menschen umgehend eine praktikable humanitäre Bleiberechtsregelung geschaffen wird".

## Begründung:

Das am 1. 1. 2005 in Kraft getretene Aufenthaltsgesetz hat die Erwartungen nicht erfüllt, die daran im Hinblick auf eine Verbesserung der Situation langjährig in Deutschland geduldeter Menschen geknüpft wurden. Insbesondere die propagierte Abschaffung der so genannten Kettenduldungen ist nicht erreicht worden. Eine restriktive Anwendungspraxis in den meisten Bundesländern führt vielmehr dazu, dass nur wenige Betroffene einen gesicherten Aufenthaltsstatus erlangen. In Folge dessen lässt sich auch eine härtere Abschiebungspraxis feststellen.

Oft handelt es sich um Menschen, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und hier ein neues Zuhause gefunden haben. Ihre Kinder sind entweder in ganz jungen Jahren hergekommen oder hier geboren. Die Kinder haben hier den Kindergarten und die Schule besucht. Das Herkunftsland der Eltern ist ihnen fremd, ihre Heimat ist Deutschland. Auch im Kreis Warendorf gibt es Mitbürger, die seit vielen Jahren in ungesichertem Status leben und von Abschiebung bedroht sind. Der Kreistag Warendorf sollte sich daher – wie oben vorgeschlagen – aus Verantwortung für diese Mitbürger beim Innenminister des Landes NRW für eine praktikable, an nicht zu enge Voraussetzungen geknüpfte Bleiberechtsregelung aus humanitären Gründen einsetzen. Wenn viele Kreistage ihre Betroffenheit und den Wunsch nach einer Verbesserung der Situation zum Ausdruck bringen, wird der Landesinnenminister angeregt, hier verstärkt tätig zu werden. Auch der Rat der Stadt Münster hat mit Zustimmung aller Parteien vor einigen Wochen ein ähnliches Zeichen gesetzt, ebenso der Rat der Stadt Rheine und die Kreistage Borken und Coesfeld.